

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII
Einleitung	1
1. Kapitel	
Rechtsmissbrauch im österreichischen Zivilrecht	3
I. Einführung und Problemaufriss	3
A. Positivrechtliche Grundlagen für das Institut des Rechtsmissbrauchs in Österreich?	3
B. Die zweistufige Betrachtungsweise	5
1. Bestimmung des Inhalts subjektiver Rechte	5
2. Betrachtung am Beispiel des § 94 Abs 2 ABGB	6
II. Schikane nach § 1295 Abs 2 ABGB	6
A. Kurzer Blick auf die Entstehungsgeschichte	6
B. Die zwei Tatbestände des § 1295 Abs 2 ABGB	7
C. Die Tatbestandsmerkmale des § 1295 Abs 2 2. HS ABGB	8
1. Zufügung eines Schadens	8
2. Absichtlichkeit	9
3. Scheinbare Rechtsausübung	9
4. Verstoß gegen die guten Sitten	9
5. Schädigungszweck	11
a) Das Erfordernis eines offensichtlichen Schädigungszwecks	11
b) Ausschließlichkeit des Schädigungszwecks?	12
c) Zusammenspiel von Schädigungszweck und Sittenwidrigkeit	13
6. Eigenes Resümee zu § 1295 Abs 2 2. HS ABGB	15
III. Generelles Verbot missbräuchlicher Rechtsausübung	16
A. § 1295 Abs 2 ABGB als Grundlage für ein weitergehendes Rechtsmissbrauchsverbot?	16
B. Verbot sittenwidriger Rechtsausübung	16
1. Allgemeines	16
2. Verfolgung rechtlich missbilligter Zwecke bzw interesselose Rechtsausübung	17
3. Abstellen auf ein (ganz) krasses Interessenmissverhältnis	18
4. Conclusio	20

C. <i>Maders</i> Unterteilung in vier Fallgruppen	21
1. Interesse/Zweck einer Rechtsausübung	21
2. Missbilligter Erwerb eines Rechts/einer tatsächlichen Position mit Rechtsfolgen	21
3. Widersprüchliches Verhalten	22
4. Verwirkung durch missbilligtes Verhalten	23
IV. Vorläufige abschließende Stellungnahme	24
2. Kapitel	
Einführung in das eheliche und nacheheliche Unterhaltsrecht	27
I. Allgemeines	27
II. Gesetzliche Unterhaltsansprüche während aufrechter Ehe nach § 94 Abs 2 ABGB	27
A. Die Beitragspflicht nach § 94 Abs 1 ABGB	27
B. Allgemeine Voraussetzungen und Zweck des ehelichen Unterhaltsanspruchs	28
C. Die einzelnen aus § 94 Abs 2 ABGB abgeleiteten Unterhaltsansprüche	30
1. Einteilung der Ansprüche	30
2. Der Unterhaltsanspruch des (ehemaligen) Haushaltführers	31
a) Voraussetzungen	31
b) Höhe des Unterhaltsanspruchs	33
3. Der Unterhaltsanspruch des beitragsunfähigen Ehegatten	35
a) Voraussetzungen	35
b) Höhe des Unterhaltsanspruchs	35
4. Der Unterhaltsergänzungsanspruch des schlechter verdienenden Ehegatten	36
a) Voraussetzungen	36
b) Höhe des Unterhaltsanspruchs	39
5. Unterhaltsbemessungsgrundlage	40
a) Einkommen und Vermögen des Verpflichteten	40
b) Einkommen und Vermögen des Berechtigten	41
c) Anspannungsgrundsatz	42
d) Änderung der maßgeblichen Voraussetzungen	44
6. Art der Unterhaltsleistung	44
a) Natural- oder Geldunterhalt	44
b) Anrechnung von Naturalleistungen auf den Geldunterhalt	46
III. Gesetzliche nacheheliche Unterhaltsansprüche	47
A. Allgemeines	47
B. Der Anspruch des schuldlos oder minderschuldig Geschiedenen nach § 66 EheG	49

1. Voraussetzungen	49
2. Höhe	50
3. Gefährdung des eigenen Unterhalts des Verpflichteten	51
C. Der Unterhaltsbeitrag nach § 68 EheG	52
D. Die Ansprüche nach § 69 EheG	54
1. Unterhalt bei Scheidung aus anderen Gründen gem § 69 Abs 1 EheG	54
2. Unterhalt bei Scheidung nach § 55 EheG mit Schuldausspruch gem § 69 Abs 2 EheG	54
3. Unterhalt bei Scheidung aus anderen Gründen ohne Schuldausspruch gem § 69 Abs 3 EheG	57
E. Die verschuldensunabhängigen Ansprüche nach § 68a Abs 1 und 2 EheG	58
1. Anwendungsbereich und Abschwächung des Verschuldens- prinzips	58
2. Voraussetzungen	59
a) Unterhalt aufgrund der Kinderbetreuung nach § 68a Abs 1 EheG	59
b) Ausgleich für ehebedingte Nachteile durch den Unterhaltsanspruch nach § 68a Abs 2 EheG	60
3. Unterhaltshöhe	61
IV. Vertragliche Unterhaltsansprüche während aufrechter Ehe und nach einer Scheidung	62
A. Dispositives Unterhaltsrecht	62
B. Form	63
1. Konkludenter Abschluss von Unterhaltsvereinbarungen	63
2. Notariatsaktpflicht?	65
C. Differenzierung zwischen rein vertraglichen Unterhalts- ansprüchen und vertraglichen Ansprüchen, die den gesetzlichen Unterhaltsanspruch konkretisieren	66
D. Unterhaltsverzicht	69
1. Verzicht auf den ehelichen Unterhalt	69
2. Verzicht im nachehelichen Unterhaltsrecht	72
E. Umstandsklausel	74
1. Wesentliche und dauernde Änderung der Verhältnisse	74
2. Beispiele für wesentliche Umstandsänderungen	75
3. Neubemessung des Unterhalts	76
4. Ausschluss der Umstandsklausel	77
a) Einführung und sittenwidriges Beharren auf dem Ausschluss der Umstandsklausel	77
b) Beharren auf dem Ausschluss der Umstandsklausel als Form des Rechtsmissbrauchs	78

c) Besonderheiten beim Unterhaltsverzicht iVm dem Ausschluss der Umstandsklausel auch für den Fall der Not	79
aa) Lösung der Rsp	79
bb) Ausdehnung der Rsp auf Vereinbarungen nach streitigen Scheidungsverfahren und auf den ehelichen Unterhalt?	81
cc) Sittenwidriges Beharren auf dem Umstandsklausel-ausschluss oder Nichtigkeit iSd § 879 Abs 1 ABGB im nachehelichen Unterhaltsrecht?	81
dd) Conclusio	86

3. Kapitel

Verwirkung und/oder rechtsmissbräuchliche Geltendmachung

des Unterhaltsanspruchs

I. Einführung	87
II. Die einzelnen Tatbestände	89
A. Die Regelung des § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB	89
1. Wortlaut der Bestimmung	89
2. Entstehungsgeschichte von § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB	90
a) Rechtslage vor dem Bundesgesetz über die Neuordnung der persönlichen Rechtswirkungen der Ehe	90
b) Die Fassung des § 92 ABGB nach der RV zum Bundesgesetz über die Neuordnung der persönlichen Rechtswirkungen der Ehe	94
c) (Endgültige) Fassung des § 94 Abs 2 ABGB durch den JA	95
3. Verwirkung oder rechtsmissbräuchliche Geltendmachung?	96
a) Allgemeines	96
b) Analyse des Wortlauts unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung – Argumente für beide Konzepte	97
c) Möglichkeit und Notwendigkeit einer Interessen-abwägung auch beim Konzept der Verwirkung	102
d) Probleme bei der Handhabung der Begrifflichkeiten in Literatur und Judikatur	103
e) Bedeutung und mögliche Folgen der Unterscheidung zwischen Verwirkung und rechtsmissbräuchlicher Geltendmachung	103
f) Fazit	105
4. Voraussetzungen für die Anwendung des § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB	106

a) Einleitung	106
b) Betroffene gesetzliche Unterhaltsansprüche	107
c) Aufhebung des gemeinsamen Haushalts	108
aa) Allgemeines	108
bb) Wann liegt ein gemeinsamer Haushalt (nicht mehr) vor?	109
cc) Verwirkung während aufrechter Haushalts- gemeinschaft?	110
d) Voraussetzungen für die Verwirkung	114
aa) Vornahme einer Interessenabwägung	114
bb) Bedeutung des ehewidrigen Verhaltens des Unterhalts- berechtigten bei der Interessenabwägung	114
cc) Weitere Aspekte bei der Interessenabwägung	119
dd) Schikanöse oder sonstige rechtsmissbräuchliche Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs?	125
(1) Unzulässigkeit schikanöser bzw miss- bräuchlicher Rechtsausübung	125
(2) Weigerung des ehemaligen Haushaltführers, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen	126
(3) Weigerung des Haushaltführers, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen	129
ee) Beispiele aus der Judikatur zur Unterhalts- verwirkung	131
(1) Ehebruch	131
(2) Aufnahme einer Lebensgemeinschaft nach Aufhebung des gemeinsamen Haushalts	133
(3) Grundloses Verlassen des Ehegatten	138
(4) Aussperren des Ehegatten	140
(5) Eingriffe in die wirtschaftliche Sphäre des Unterhaltsverpflichteten	140
(6) Beschimpfungen, körperliche Misshandlungen und Drohungen	142
(7) Sonstige Pflichtverletzungen	142
(8) Ausgewählte Beispiele für keine ausreichend schweren Verfehlungen	144
5. Rechtsfolgen	144
a) Allgemeines	144
b) Verfahrensrechtliche Fragen	145
c) Gänzlicher Verlust oder Minderung des Unterhalts- anspruchs	146
d) Endgültiges Erlöschen des Anspruchs?	151
e) Verzicht auf den Einwand der Verwirkung	153
f) Die Bedeutung von Fristen für die Geltendmachung der Verwirkung	155

g) Forderung von rückständigem Unterhalt für die Zeit vor der Verfehlung	159
h) Rückforderbarkeit von nach bzw trotz Vorliegens eines Verwirkungsgrundes erfolgten Unterhaltsleistungen	161
6. Anwendbarkeit des § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB bei § 796 ABGB?	165
7. Vorschlag für eine Neuformulierung des § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB	168
B. Verwirkung nach § 74 EheG	168
1. Einleitung und Wortlaut der Bestimmung	168
2. Die zwei Fälle des § 74 EheG	170
a) Schwere Verfehlung gegen den Verpflichteten	170
aa) Voraussetzungen	170
bb) Beispiele aus der Judikatur	174
cc) Verhalten gegen dritte Personen	175
b) Ehrloser oder unsittlicher Lebenswandel	178
aa) Begriffsklärung	178
bb) Beispiele	180
cc) Entgegenstehender Wille des Unterhaltpflichtigen?	182
dd) Menschenrechtliche Bedenken	184
c) Verschulden	187
d) Schikanöse bzw sonstige rechtsmissbräuchliche Geltendmachung	188
e) Kann sich der Erbe des Unterhaltpflichtigen auf § 74 EheG berufen?	190
3. Rechtsfolgen von § 74 EheG	191
a) Allgemeines und Verfahrensfragen	191
b) Gänzlicher Verlust des Unterhaltsanspruchs oder Minderung?	194
c) Endgültiges Erlöschen des Unterhaltsanspruchs?	196
d) Rückforderung bereits erbrachter Unterhaltsleistungen	198
4. Abgrenzung zu den benachbarten Bestimmungen des EheG	200
a) Einleitung	200
b) Auswirkungen einer Wiederverheiratung bzw einer Begründung einer eingetragenen Partnerschaft und des Eingehens einer Lebensgemeinschaft auf den nachehelichen Unterhaltsanspruch	201
aa) Die Regelung des § 75 EheG	201
bb) Das Ruhen des nachehelichen Unterhaltsanspruchs bei Eingehen einer Lebensgemeinschaft	202
(1) Allgemeines	202
(2) Judikatur	203

(3) Kritik in der Literatur	205
(4) Offenlegungspflicht im Hinblick auf das Bestehen einer Lebensgemeinschaft	210
(5) Eigene Stellungnahme	211
c) Selbstverschuldete Bedürftigkeit gem § 73 EheG	215
C. Unbilligkeit nach § 68a Abs 3 EheG	217
1. Einführung, Wortlaut und Anwendungsbereich	217
2. Gesetzgeberische Hintergründe und Überlegungen	218
3. Die einzelnen in § 68a Abs 3 EheG aufgezählten Unbilligkeitsgründe	220
a) Allgemeines	220
b) Rechtslage in Deutschland	220
c) Einseitiges Begehen besonders schwerwiegender Eheverfehlungen iSd § 68a Abs 3 EheG	225
aa) Allgemeines	225
bb) Parallele zu § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB	226
cc) Bedeutung des Scheidungsverschuldens	229
(1) Zwei gegensätzliche Standpunkte in der Literatur	229
(2) Eigene Stellungnahme	230
dd) Beispiele	232
d) Grob schuldhaftes Herbeiführen der Bedürftigkeit	232
e) Gleich schwerwiegender Grund	236
f) Kurze Dauer der Ehe	241
g) Abwägung im Einzelfall	242
4. Rechtsfolgen	243
5. „Verwirkung“ des Anspruchs?	246
III. Systematisierung der „Verwirkungstatbestände“	247
A. Einfluss von § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB auf den nachehelichen Unterhalt	247
1. Bestehen eines nachehelichen Unterhaltsanspruchs trotz Verwirkung während aufrechter Ehe?	247
2. Die Anwendbarkeit von § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB beim Anspruch nach § 69 Abs 2 EheG	253
B. Wechselwirkungen zwischen § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB und § 68a Abs 3 EheG	258
C. Verhältnis von § 94 Abs 2 Satz 2 ABGB und § 74 EheG	260
1. Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede der beiden Regelungen	260
2. Fehlverhalten nach Eintritt der unheilbaren Zerrüttung während aufrechter Ehe, aber vor der Scheidung – Lückenschließung?	262
D. Zusammenspiel von § 68a Abs 3 EheG und § 74 EheG	265

E. Conclusio – Durchgängiges Rechtsschutzsystem zugunsten Unterhaltsverpflichteter?	267
IV. Verwirkung bei vertraglichen Unterhaltsansprüchen?	270
4. Kapitel	
Resümee und Ausblick	277
Stichwortverzeichnis	281